



SYMPOSIUM ZU STRAFRECHT IN OSTEUROPA
Wachsende Kriminalität beeinflusst Reformen

Die Reformen des Straf- und Strafprozessrechts in Osteuropa sind noch nicht abgeschlossen. Die steigende Zahl von Straftaten und eine veränderte Wahrnehmung der Kriminalität beeinflussen jedoch die Reformen. So könnte man das Fazit eines Symposiums umschreiben, zu dem im vergangenen Sommer 60 Strafrechtswissenschaftler aus 15 osteuropäischen Staaten sowie aus Deutschland auf Schloss Ringberg am Tegernsee zusammenkamen. Auf Einladung des Freiburger Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht diskutierten die Teilnehmer unter dem

Titel „Strafrechtsentwicklung in Osteuropa zwischen bewältigten und neuen Herausforderungen“.

Das Symposium leistete vor allem eine Bestandsaufnahme, bei der in fünf Arbeitssitzungen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Entwicklung der Rechtssysteme herausgearbeitet wurden. Dabei zeigte sich, dass sich die osteuropäischen Länder jeweils mit ähnlichen Fragen – auch mit vielen Grundsatzfragen des Strafrechts – auseinandersetzen, es aber noch zu früh ist, abschließend über die Reformen zu urteilen. Denn in allen Ländern wird kontinuierlich weiter

an den Gesetzen gearbeitet. Dass darüber hinaus in den Diskussionen auch hinter scheinbare Selbstverständlichkeiten des deutschen Systems geblickt wurde, wertete Prof. Albin Eser, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, als zusätzlichen Gewinn der Tagung. Der Anfang des Symposiums widmete sich den Entwicklungen des materiellen Strafrechts, die in vielen Ländern noch nicht abgeschlossen sind. In Ungarn, Litauen und Jugoslawien hat man zunächst das alte materielle Strafrecht durch Änderungsgesetze sukzessive erneuert; parallel dazu entstehen nun komplette Neukodifizie-

Nur wenn alle europäischen Staaten der EU beitreten und Europol eingebunden wird, lässt sich die Kriminalität verringern – so lautet ein Ergebnis des Symposiums.

Foto: Corbis Stockmarket

rungen. Selbst dort, wo bereits neue Strafgesetzbücher vorliegen – wie in Russland, Polen und Slowenien – stehen schon wieder Novellierungen an. Deshalb erschien den Symposiumsteilnehmern die Gegenüberstellung von abgeschlossenen und laufenden Strafrechtsreformen wenig aussagekräftig. Der herrschende Gesetzesaktivismus und -populismus berge zudem die Gefahr der Rekriminalisierung. Teilweise als befremdlich, zumindest jedoch als unpraktikabel, werteten deutsche Juristen das Bestreben vieler osteuropäischer Länder, bei der Einführung neuer Straftatbestände diese nicht in spezifischen Nebengesetzen zu kodifizieren – wie das in Deutschland zum Beispiel mit dem Betäubungsmittel- oder dem Waffengesetz der Fall ist, sondern im Strafgesetzbuch zu verankern. Diese Ansicht teilten viele der osteuropäischen Wissenschaftler nicht. Doch was ist überhaupt eine Straftat? Der Straftatbegriff sowjetisch-sozialistischer Prägung machte die Strafbarkeit eines Handelns von einer „Gesellschaftsgefährlichkeit“ abhängig. Diese Auffassung findet sich im polnischen und slowenischen Strafrecht nur noch ansatzweise als „geringfügige Sozialschädlichkeit“ beziehungsweise materiell-rechtliche Bagatelldelinquenz wieder, während zum Beispiel der georgische Gesetzgeber diesen Begriff aufgibt. Das Bestreben osteuropäischer Länder, möglichst viel Strafrechtsdogmatik in Form von Legaldefinitionen in den Strafgesetzbüchern zu verankern, führte zur Diskussion über das Verhältnis von Straftatsystematik, Gesetzgebung und Richterrecht. Ein Symposiumsteilnehmer merkte an, dass es wichtig sei, den Richtern keinen zu weiten Beurteilungsspielraum durch

Generalklauseln zu geben. Auch das Strafprozessrecht hat sich in Osteuropa massiv verändert – sowohl durch Reformen bestehender als auch durch Schaffung ganz neuer Strafprozessordnungen. In allen Ländern werden verschiedene Grundsätze des Strafverfahrens neu diskutiert, beispielsweise die Rolle des Beschuldigten im Strafverfahren: Wie lange dürfen Vernehmungen dauern? Welche Anforderungen sind an die Untersuchungshaft zu stellen? In welchem Maß sollten Akteneinsicht und Verteidiger Besuchsrechte gewährt werden? Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach der Abgrenzung der Kompetenzen von Staatsanwaltschaft, Gericht und Polizei – oder zugespitzt formuliert: Wer hat nach dem gesellschaftspolitischen Umbruch Macht verloren, wer Macht gewonnen? Es stellte sich heraus, dass die in den sozialistischen Rechtsordnungen übliche starke Stellung der Staatsanwaltschaft bei der Anordnung der Untersuchungshaft und der Hausdurchsuchung nicht mehr gegeben ist; diese Kompetenz liegt in den meisten Ländern nun beim Richter. Doch auf diese Änderungen folgt jetzt offenbar eine zweite Reformwelle: Die Öffentlichkeit rufe nach einer härteren Strafpraxis – nicht zuletzt aufgrund einer durch die Medien geförderten Wahrnehmung gesteigener Kriminalität. So distanzieren sich einige Länder im Namen einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung von den zunächst eingeleiteten Reformen. Auch die Sanktionen werden in manchen Ländern schon wieder deutlich verschärft. Denn das Empfinden der Öffentlichkeit trägt nicht: Die meisten Referenten bestätigten eine steigende Zahl von Straftaten. Dabei war die

erste Hälfte der neunziger Jahre zunächst davon geprägt, die Sanktionssysteme einem rechtsstaatlichen Standard anzupassen. Mit Ausnahme von Weißrussland wurde in allen Ländern die Todesstrafe abgeschafft. Einige Länder drängten sogar die Freiheitsstrafe zugunsten der Geldstrafe zurück – obwohl die Vollstreckung von Geldstrafen einigen Staaten Probleme bereitet. In manchen Ländern wurden auch nicht-punitiv Maßnahmen wie der Täter-Opfer-Ausgleich eingeführt. Doch es gab warnende Stimmen, die Verschärfung der Kriminalpolitik nicht bloß als Problem der Transformationsstaaten zu sehen. Auch in Westeuropa werde der Schutz von Menschen- und Bürgerrechten eingeschränkt zu Gunsten eines starken Staats mit weitreichenden Eingriffsbefugnissen. In den osteuropäischen Ländern wird vor allem die in den vergangenen zehn Jahren gewachsene organisierte Kriminalität als Bedrohung empfunden. Man hat darauf reagiert und Ämter zu deren Bekämpfung eingerichtet sowie gesetzliche Voraussetzungen für eine effektivere Ermittlung, Verfolgung und Bestrafung geschaffen. Außerdem wurden die osteuropäischen Staaten zumindest teilweise in die internationalen Strukturen zur Bekämpfung grenzüberschreitender Straftaten eingebunden. Doch um die dabei auftretenden Probleme abzubauen, müssten die Rechtsordnungen europaweit harmonisiert und darüber hinaus ein einheitliches Straf- und Strafprozessrecht geschaffen werden, mahnten einige Referenten. Langfristig sei die Kriminalität nur zu reduzieren, wenn sämtliche europäischen Staaten der EU beitreten und Europol eingebunden werde. ●

KOOPERATION MIT DER INDUSTRIE

Die Medizin wird individuell

Die Max-Planck-Institute für Psychiatrie und für Biochemie haben gemeinsam mit dem Pharmaunternehmen GlaxoSmithKline das Genetics Research Centre (GRC) eröffnet – eine neue und in dieser Form in Deutschland bislang einzigartige Forschungseinrichtung. Das GRC auf dem Gelände des Münchner Max-Planck-Instituts für Psychiatrie verfügt über neueste Techniken für Genomanalysen, die es ermöglichen, den genetischen Ursachen von Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes, Asthma oder Depressionen auf die Spur zu kommen. Langfristig sollen neue Ansätze für die Arzneimitteltherapie entwickelt werden. Weitere Projekte des GRC beschäftigen sich mit der so genannten Pharmakogenetik – der Erforschung der genetischen Ursachen für die Wirkungsweise und damit auch der Nebenwirkungen von Arzneimitteln.



Das Forscherteam des Genetics Research Centre in München: Andreas Ruppert, Michaela Ertl, Dirk Bauer und Gundula Geyer (von links).

Nach neueren Erkenntnissen der modernen Genetik steht fest: Über das Auftreten von bestimmten Volks- oder Zivilisationskrankheiten entscheiden nicht nur die Lebensumstände wie Ernährung und körperliche Aktivität sowie bestimmte Umweltfaktoren, sondern es spielt auch die Vererbung eine wichtige Rolle. Dies belegt das Vorkommen bestimmter genetischer Varianten. Genau hier setzt die Forschung im GRC an: Mit neuesten massenspektro-

metrischen Hochdurchsatz-Verfahren können täglich mehrere 10 000 Genotypisierungen laufen; damit werden Unterschiede im Baumuster von Genabschnitten bei bestimmten Patientengruppen identifiziert. Im Vergleich zu früheren Zufallsbefunden in der Forschung ermöglichen die neuen Technologien zukünftig ein deutlich systematischeres Vorgehen – davon sind Prof. Florian Holsboer, Direktor des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie in München, und Prof. Axel Ullrich, Direktor am Max-Planck-Institut für Biochemie in Martinsried, überzeugt (vgl. MAXPLANCK-FORSCHUNG 3/2001, S. 21 f.). Ein zweiter Schwerpunkt des GRC sind pharmakogenetische Untersuchungen. Durch die Erstellung von individuellen Genprofilen wird es in Zukunft möglich sein, Unverträglichkeiten oder Nebenwirkungen von Arzneien vorauszusagen. „Denn zwischen dem genetischen Profil einer Person und der Wirkung eines Arzneimittels besteht eine enge Verknüpfung“, so Holsboer. „Dieses Wissen soll gezielt für die Therapie zum Beispiel mit Psychopharmaka genutzt werden.“ Dem pflichtet auch Dr. Thomas Lander, Leiter der Forschung und Medizin bei GlaxoSmithKline Deutschland, bei: „Unsere Vision ist die Entwicklung neuer, maßgeschneiderter Medikamente, die ein optimales Nutzen-Risiko-Verhältnis für verschiedene Patientengruppen aufweisen.“ Lander hatte die Idee zu dem gemeinsamen Projekt. Und auch Ullrich freut sich auf die Arbeit des GRC: „Durch die Bündelung der akademischen und industriellen Forschung erreichen wir unsere Ziele in der Grundlagenforschung schneller, und die Ergebnisse werden zügiger in die Anwendung umgesetzt.“ Erste Resultate werden jedoch

nicht vor dem Jahr 2004 erwartet. GlaxoSmithKline erhofft sich vom GRC einen wesentlichen Beitrag zur Arzneimittelentwicklung des Unternehmens. Gleichzeitig bietet es den beteiligten Max-Planck-Instituten die Möglichkeit, neue Ansätze für die Erforschung der Ursachen bei verschiedenen Erkrankungen zu entwickeln und so langfristig zu einer verbesserten Therapie beizutragen. Für das wissenschaftliche Management des Genetics Research Centre sind – neben den Max-Planck-Direktoren Holsboer und Ullrich – Thomas Lander sowie Dr. Ian Purvis von GlaxoSmithKline verantwortlich. Der Molekularbiologe Dr. Andreas Ruppert, der an der Entwicklung der von der Firma Sequenom stammenden Technologie wesentlich beteiligt war, leitet das GRC. Derzeit vier Mitarbeiter sollen täglich fast 30 000 Genotypisierungen vornehmen. Etwa 15 Prozent der Messkapazität stehen den beiden am Joint Venture beteiligten Max-Planck-Instituten für eigenständige Forschungen zur Verfügung. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit für Projekte mit externen Partnern. München wurde als Standort gewählt, weil es neben den bereits hier arbeitenden Partnern nicht zuletzt „ein industrie- und forschungsfreundliches politisches Klima bietet, wie sich an der Unterstützung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technik gezeigt hat“, so Lander. Die bayerische Regierung unterstützte die Verhandlungen der beiden Forschungspartner und wird nach den Worten von Wirtschaftsminister Otto Wiesheu für Projekte des GRC 4 Millionen Euro zur Verfügung stellen. ●



Auf der Suche nach dem kleinen Unterschied: Genomanalyse mit dem Massenspektrometer im Genetics Research Centre.

Fotos: GRC

NEUES NMR-ZENTRUM IN GÖTTINGEN

Biomoleküle im Fokus

Das Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen hat Anfang November offiziell das neue Gebäude für die von Prof. Christian Griesinger geleitete Abteilung „NMR-basierte Strukturbiochemie“ gefeiert. Kernstück des Gebäudes ist ein 5 Millionen Euro teures NMR-Spektrometer, mit dem sich die Feinstrukturen von Molekülen in Lösung untersuchen lassen. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Peter Gruss, sowie der Geschäftsführende Direktor des Instituts, Prof. Reinhard Jahn, begrüßten bei der Eröffnung Gäste aus dem In- und Ausland, darunter Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn.

Das Forscherteam um Christian Griesinger hat sich zum Ziel gesetzt, das Verfahren der kernmagnetischen Resonanz (NMR-Spektroskopie) weiterzuentwickeln. Es soll strukturbiochemische Fragen klären helfen, unter anderem bei Signaltransduktion und bei Umfaltungsreaktionen (Prionen). Die Biomoleküle werden dabei in ihrer physiologischen Umgebung – also in wässriger Phase oder Membranumgebung – untersucht. Hiervon versprechen sich die Forscher eine zuverlässigere Beschreibung der Struktur und Dynamik von Proteinen und Ribonukleinsäuren – eine wichtige Basis auch für die Entwicklung neuer Medikamente. Die Wissenschaftler wollen die Möglichkeiten der NMR-Spek-

trokopie, die derzeit durch das Molekulargewicht der untersuchbaren Moleküle begrenzt wird, mit neuen Anregungsschemata und verbesserten Markierungsstrategien mit NMR-aktiven Kernen erweitern. Zugleich sollen neue NMR-Methoden für so genannte Structural-Genomics-Projekte zur Verfügung gestellt werden. Dazu korrelieren die Forscher Informationen über die Dynamik der Moleküle im Picosekunden- bis Sekundenbereich mit der Kinetik und Funktion der Moleküle. Mit der „Magischen Winkel-Rotations-Spektroskopie“ entwickelt die Abteilung zudem NMR-spektroskopische Methoden zur Bestimmung der Struktur von Membranproteinen – das sind außerordentlich wichtige Zielmoleküle für die Entwicklung von Heilmitteln. Die technischen Voraussetzungen für Experimente in diesem Arbeitsgebiet sind sehr aufwändig. So stehen in dem neuen Zentrum sieben NMR-Spektrometer bereit. Wegen ihrer starken Magnete – der größte hat eine Stärke von 21,1 Tesla, was etwa dem 420 000fachen des Erdmagnetfelds entspricht – sind die Geräte in einer eigenen Halle montiert, in der sich weder in Decken noch Wänden magnetisierbares Material befindet. Deshalb war es erforderlich, für die neue Abteilung ein eigenes, freistehendes Gebäude zu errichten. Der 7,5 Millionen Euro teure Bau umfasst 21 550 Kubikmeter umbauten Raum mit vier Stockwerken auf der Hangseite

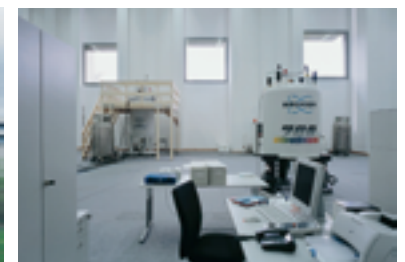


Foto: PETER GOLDMANN

und einer großen Halle zum Tal hin, in der die Magnete stehen. Die Auflage, beim Bau der Halle keine ferromagnetischen Materialien zu verwenden, führte zur Konstruktion einer 14 Meter hohen, freistehenden Wand aus Mauerwerk. Die Bodenplatte wurde aus Beton (ohne Bewehrungsseisen) gegossen. Das Dach der Halle ist aus Aluminiumblech und ruht auf einer „Holzbinder-Unterkonstruktion“ ohne ferromagnetische Nägel oder Schrauben. Neben der Halle verteilen sich auf drei Stockwerken die Labor- und Technikräume und – auf einer Etage – auch die Büros der Wissenschaftler. Festvorträge bei der offiziellen Eröffnung hielten der Chemie-Nobelpreisträger Prof. Richard Ernst, ETH Zürich, („Our Responsibilities Beyond Basic Research“), Prof. Christopher Dobson, Universität Cambridge, („Protein Folding, Evolution and Disease: Bringing Together Experiment and Theory“) und Prof. Alexander Pines aus Berkeley („NMR and MRI at a Distance“). Bereits am Vormittag hatte am Institut ein wissenschaftliches Symposium mit hochrangigen internationalen Gästen stattgefunden. ●

Auch Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn war zur Eröffnung des NMR-Zentrums gekommen.

Neubau der Abteilung „NMR-basierte Strukturbiochemie“ am Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen.



Fotos: ROLAND HALBE

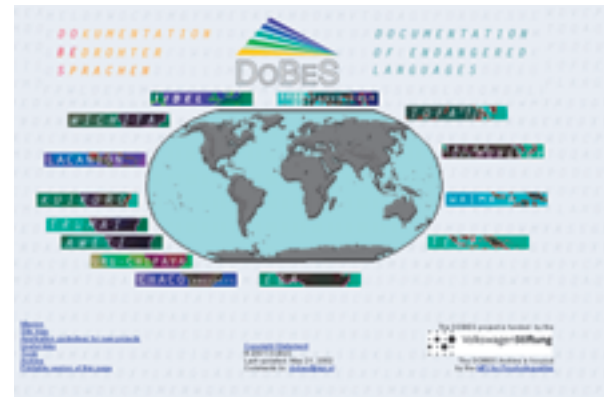
HEINZ-BILLING-PREIS 2002

Ein Online-Archiv für bedrohte Sprachen

Für die Entwicklung einer weltweit einmaligen Software-Umgebung, die es ermöglicht, eine der größten im Internet verfügbaren Datenbanken für multimediale Sprachressourcen aufzubauen, haben Daan Broeder, Hennie Brugman und Reiner Dirksmeyer vom Max-Planck-Institut für Psycholinguistik in Nimwegen (Niederlande) den mit 3 000 Euro dotierten Heinz-Billing-Preis 2002 erhalten. In die Endrunde kamen auch Frank Jenko vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching sowie Thomas Fischbacher vom Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik in Golm bei Potsdam.

Weltweit werden noch etwa 6 500 Sprachen gesprochen. Vorsichtige Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass bis Ende des 21. Jahrhunderts zwischen 60 und 70 Prozent dieser Sprachen verschwinden werden. Jede dieser Sprachen ist eng mit der Kultur ihrer Sprecher verbunden – und mit jeder aussterbenden Sprache verliert die Menschheit ein Stück ihres geistigen Reichtums. Eine der größten Herausforderungen ist deshalb, die vom Aussterben bedrohten Sprachen in ihrem sozialen Kontext systematisch aufzuzeichnen, um zumindest einige davon für künftige Generationen zu bewahren. Besonders engagiert ist hierbei das Max-Planck-Institut für Psycholinguistik im niederländischen Nimwegen. Gegenwärtig umfasst der Bestand der dortigen Datenbank mehr als 15 000 so genannte Sessions – also linguistisch bedeutsame Einheiten wie Interviews oder Mitschnitte eines Gesangs in einer Minderheitensprache. Von besonderem Wert sind Aufnahmen von Sprachen, die vom Aussterben bedroht sind.

Sie werden in der Datenbank gleichsam konserviert und bleiben damit einer wissenschaftlichen Analyse zugänglich. Viele dieser digitalen Ressourcen sind nach linguistischen Kriterien analysiert und entsprechend kommentiert; erst diese Annotationen erlauben es den Max-Planck-Wissenschaftlern, ihre psycholinguistischen Theorien zu überprüfen. Auf diese Ressourcen ist ein direkter und schneller Zugriff notwendig: So können Wissenschaftler das Material und die eingegebenen Annotationen immer wieder überprüfen und damit Fehler vermeiden sowie weitergehende psycholinguistische Analysen anstellen. Voraussetzungen dafür sind erstens die konsequente Digitalisierung aller in den Feldstudien erzeugten Audio- und Videoaufnahmen, zweitens die Entwicklung einer „Korpus-Management-Umgebung“ mittels einer benutzerfreundlichen Metadaten-Infrastruktur sowie drittens das Verfügbarmachen von effizienten und in ihrer Art bisher einmaligen Programmen für Annotationen und Analyse. Auf diesen Grundpfeilern beruht das am Max-Planck-Institut für Psycholinguistik entwickelte NILE-Konzept. NILE (Nijmegen Language Resource Environment) erlaubt, so die Laudatio zur Preisverleihung, „eine substantielle Veränderung in den Möglichkeiten des wissenschaftlichen Umgangs mit Sprache durch den Einsatz der modernen Informationstechnologie“. In dem weltweit einmaligen Projekt werden auf hohem technischen Niveau viele Aspekte berücksichtigt, die einen verantwortlichen Umgang mit sprachlichen Ressourcen auf Computern auszeichnen. Die „Väter“ von NILE haben viel Wert darauf gelegt, neueste technische Standards wie XML,



Im 21. Jahrhundert werden 60 bis 70 Prozent aller gegenwärtig gesprochenen Sprachen verschwinden – und sollen zuvor im Internet dokumentiert werden.

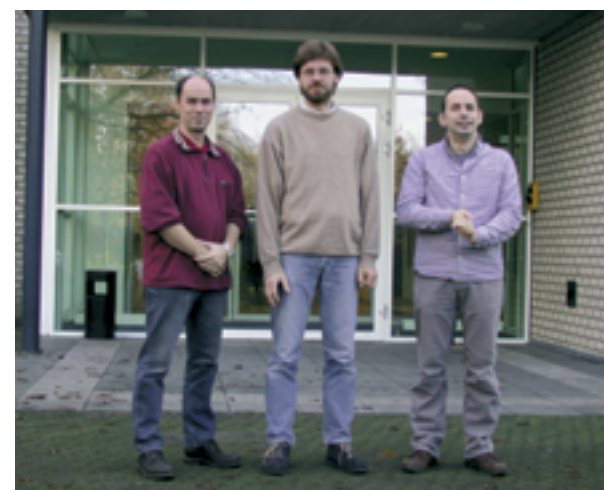
Unicode, MPEG und Java zu verwenden. Darüber hinaus haben sie aber auch neue „Standards“ ausgearbeitet und einem breiten Publikum vorgestellt: So entstand beispielsweise im Rahmen des von der EU geförderten ISLE-Projekts (International Standards of Language Engineering) eine vollständige Metadaten-Infrastruktur. Schließlich wurde für das multimediale Softwarepaket ein auf XML basierendes, flexibles Dateiformat ausgearbeitet, das in der Lage ist, die komplex strukturierten, verschiedenartigen Typen von Annotationen zu speichern. Beide Komponenten haben inzwischen weltweite Beachtung gefunden und werden bei der Entwicklung von ISO-Standards berücksichtigt. Die Arbeiten zu NILE werden gegenwärtig im Rahmen von zwei großen europäischen Projekten weiter vorangetrieben. Die Arbeiten der beiden anderen Finalisten für den Billing-Preis kommen im Jahr 2002 aus der physikalischen Forschung. Frank Jenko vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching beschäftigt sich in seinem Beitrag GENE (Gyrokinetic Electromagnetic Numerical Experiment) mit Turbulenzen im Plasma eines Fusionsreaktors – eines der Kernprobleme bei der Entwick-

FOTOS: MPI FÜR PSYCHOLINGUISTIK

lung solcher Reaktoren. Experimentelle Untersuchungen deuten darauf hin, dass Plasma-Instabilitäten, die letztlich zu Turbulenzen führen können, in ganz unterschiedlichen Größenordnungen entstehen. Derzeit lassen sich diese Phänomene nur durch extensive Modellierungen für sehr große Bereiche des Plasmas untersuchen. Jenko hat sich insbesondere mit solchen Instabilitäten beschäftigt, die durch die extremen Unterschiede in der Elektronentemperatur des Plasmas entstehen. Hier hat er durch Fortentwicklung bekannter numerischer Verfahren und Optimierung für den Garching-Rechner Cray T3E eine bisher nicht erreichte numerische Auflösung erzielt und dabei die volle Leistung dieses Parallelrechners eingesetzt (vgl. MAXPLANCKFORSCHUNG 1/2002, S. 36 f.). Thomas Fischbacher vom Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik (Albert-Einstein-Institut) in Potsdam hat mit „Introducing Lambda Tensor 1.0“ ein Softwarepaket für sehr große Rechnungen mit algebraischen Strukturen (Lie-Algebren und Lie-Gruppen) entwickelt, wie sie in der Quantengravitation und anderen Theorien in der Hochenergiephysik auftreten. Bei den Versuchen, die Gravitationstheorie mit der relativistischen Quan-

tenphysik zu vereinheitlichen, spielen diese komplexen mathematischen Verfahren eine entscheidende Rolle. Die dafür typischen Rechnungen sind viel zu umfangreich, um sie mit Standardsoftware bearbeiten zu können. Die Software von Thomas Fischbach wird im Fachgebiet der Supergravitation sicher breite Anwendung finden. Der „Heinz-Billing-Preis zur Förderung des wissenschaftlichen Rechnens“ wurde im Jahr 1993 zum ersten Mal verliehen. Mit dieser Ehrung werden herausragende Leistungen von Wissenschaftlern und Computerspezialisten gewürdigt, welche in zeitintensiver und sehr kreativer Arbeit die notwendigen Hard- und Software-Voraussetzungen entwickeln, die für neue Vorstöße in der Forschung heute unverzichtbar sind. Der Preis ist benannt nach Prof. Heinz Billing, Emeritiertes Wissenschaftliches Mitglied des Max-Planck-Instituts für Astrophysik und langjähriger Vorsitzender des Beratenden Ausschusses für Rechenanlagen in der Max-Planck-Gesellschaft (vgl. MAXPLANCKFORSCHUNG 1/2002, S. 28 f.). ●

➤ Weitere Informationen finden Sie im Internet unter den Adressen: www.mpi.nl/ISLE/ und www.mpi.nl/DOBES/



Hennie Brugman, Reiner Dirksmeyer und Daan Broeder vom Max-Planck-Institut für Psycholinguistik haben den Heinz-Billing-Preis 2002 gewonnen.

MPG-HAUSHALT 2003

Verordnete Nullrunde gefährdet Abteilungen

Wegen der angespannten Haushaltslage ist der Fortbestand von mindestens 20 Abteilungen an den Max-Planck-Instituten gefährdet. Das hat der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Prof. Peter Gruss, anlässlich der Senatsitzung am 22. November in München erklärt. Gruss reagierte damit auf die Ankündigung der Bundesregierung, ihre Zuwendungen an die deutschen Forschungsorganisationen im kommenden Jahr nicht zu erhöhen, sondern auf dem Stand von 2002 einzufrieren: Das verschärft mittelfristige Finanzprobleme.

Am 20. November hatte Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn den versammelten Präsidenten der deutschen Wissenschaftsorganisationen eröffnet, dass die Bundesregierung ihre bereits für die Forschungseinrichtungen verbindlich zugesagten Haushaltszuwächse für 2003 komplett streichen wolle. Diese Ankündigung steht im Widerspruch zu einem Beschluss der Bundesregierung und der Bundesländer vom 17. Juni 2002: Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung hatte damals einstimmig beschlossen, der Max-Planck-Gesellschaft für das Haushaltsjahr 2003 eine Steigerungsrate von 3 Prozent zu gewähren. „Sollte der Bund diese Zusage widerrufen, droht der Max-Planck-Gesellschaft ein Einnahmeausfall von 28 Millionen Euro. Gegenüber dem ursprünglich vorgelegten Haushaltsentwurf 2003, in dem die Max-Planck-Gesellschaft eine Steigerungsrate von 5,4 Prozent als den dringend notwendigen Finanzbedarf begründet hatte, beträgt der Verlust an Einnahmen be-

reits über 50 Millionen Euro“, erläuterte Gruss. Mittelfristig sei daher der Fortbestand von mindestens 20 Abteilungen an den Max-Planck-Instituten gefährdet. Aufgrund der neuen Informationen aus Berlin konnte der Senat den – auf einem dreiprozentigen Zuwachs begründeten – Haushaltsplan 2003 nicht verabschieden. Dies soll nun erst in der nächsten Senatsitzung am 13. März 2003 geschehen, nachdem Bund und Länder die finanziellen Rahmenbedingungen abschließend gesetzt haben. Über das weitere Vorgehen und über mögliche Einzelmaßnahmen wird nun in der Max-Planck-Gesellschaft intensiv beraten. Dabei geht es um die Fortführung der bereits mit Bund und Ländern beschlossenen „Neuen Programme“ der Max-Planck-Gesellschaft. Hierzu zählen Kooperationsprojekte mit den Universitäten zur Nachwuchsförderung („International Max Planck Research Schools“), zur Stärkung der klinischen Forschung („Tandem-Projekte“), um „Max-Planck-Forschungsgruppen an Universitäten“ oder um „Institutsübergreifende Forschungsinitiativen“. Vom Ergebnis der Beratungen wird auch abhängen, inwieweit neue Forschungsgebiete in die bestehenden Strukturen aufgenommen werden können, etwa indem die Max-Planck-Gesellschaft Institute bedarfsgerecht um zusätzliche Abteilungen erweitert oder neue Institute gründet. So plant die Forschungsorganisation die Einrichtung eines weiteren Instituts auf dem Gebiet der Informatik, ein „Max-Planck-Institut für Softwaresysteme“. Außerdem ist an die Gründung eines „Max-Planck-Instituts für Gerontologie“ gedacht. ●

MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT

Vertiefte Zusammenarbeit mit Polen

Eine engere Kooperation haben Prof. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, und der polnische Wissenschaftsminister Michal Kleiber bei einem Treffen in Warschau vereinbart. Vor allem in den Bereichen Bioinformatik, Molekularbiologie, Materialwissenschaften, Astrophysik und Mathematik sowie in den Geistes- und Humanwissenschaften soll die Zusammenarbeit weiter verstärkt werden. Bei seinem ersten Besuch in Polen als neuer Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Anfang November 2002 zog Gruss im Gespräch mit Vertretern der polnischen Wissenschaftsorganisationen eine positive Bilanz der bisherigen gemeinsamen Arbeit.

docs eine anspruchsvolle Weiterbildung in Max-Planck-Instituten zu ermöglichen. Mit dem Minister wurde eine besondere Förderung jener Postdocs vereinbart, die sich an einem Max-Planck-Institut aufhalten und danach an eine polnische Forschungseinrichtung zurückkehren. Voraussetzung dazu sei die gemeinsame Begutachtung der Stipendiaten nach ihrer Arbeit an einem Max-Planck-Institut. Gleichzeitig müsse Polen den zurückkehrenden Nachwuchswissenschaftlern ebenfalls attraktive Arbeitsbedingungen in Aussicht stellen.

Dieses aufeinander abgestimmte Vorgehen soll dazu dienen, hervorragende junge Wissenschaftler zur Forschung in internationaler Zusammenarbeit zu motivieren und ihre Erfahrungen in das Wissenschaftsumfeld ihres eigenen Landes einzubringen. Peter Gruss betonte, dass die Max-Planck-Gesellschaft den Instituten die Wahl der Themen und Partner selbst überlässt: „Kooperation zwischen Wissenschaftlern ist nur dann fruchtbar, wenn durch einen gemeinsamen Forschungsansatz gleichwertiger Partner Synergien erzeugt und für beide Seiten Ergebnisse erzielt werden, die sonst nicht zu Stande kommen würden.“

Gruss forderte interessierte polnische Wissenschaftler auf, bei Interesse den direkten Kontakt mit Fachkollegen in den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft aufzunehmen. Im November gab es in Warschau, Krakau und Posen gemeinsame Workshops zu Themen wie „Mannigfaltigkeiten in der Mathematik“, „Molekulare Zellbiologie“, „Planetensysteme“, „Biodiversität“ oder „Nanostrukturen“. Für den Bereich des neuen europäischen Verfassungsrechts war ein solcher Workshop junger deutscher und

polnischer Nachwuchsjuristen bereits im September in Krakau organisiert worden. Aus dieser Art von Veranstaltungen sollen sich neue Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Forschern entwickeln. Um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, wurden die November-Workshops von Ausstellungen und Konzerten unter dem Motto „Wissenschaft und Kunst in Europa“ begleitet.

Die Max-Planck-Gesellschaft engagierte sich bereits zuvor in Polen: Seit Januar 2001 arbeitet in Warschau eine Nachwuchsgruppe unter der Leitung von Dr. Mathias Bochtler. Diese Nachwuchsgruppe mit wissenschaftlichen Mitarbeitern aus Polen, der Ukraine und Weißrussland ist am Internationalen Institut für Molekular- und Zellbiologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften angesiedelt und arbeitet auf dem Gebiet der molekularen Medizin. Bochtler kommt aus dem Münchner Max-Planck-Institut für Biochemie. Die Max-Planck-Gesellschaft hat die aufwändige Laborausstattung in Warschau bereitgestellt und finanziert die Gruppe.

Bisher sind in etwa 50 Projekten der Max-Planck-Institute polnische Partner eingebunden. Einige der Vorhaben werden bereits im Rahmen der Programme der Europäischen Union finanziert. Mehr als 150 Stipendiaten und Gastforscher aus Polen arbeiten zurzeit in mehreren der insgesamt 80 Institute der Max-Planck-Gesellschaft. In Zukunft sollen weitere Kooperationspotenziale mit polnischen Partnern erschlossen werden.

Dazu diskutierte die Max-Planck-Gesellschaft mit dem polnischen Wissenschaftsminister sowie interessierten Forschungsorganisationen gemeinsam neue Formen der Nachwuchsbildung. ●

Fruchtbarer Dialog: Wissenschaftsreferent Konrad Buschbeck, Max-Planck-Präsident Peter Gruss und Polens Wissenschaftsminister Michal Kleiber (von links).



Peter Gruss unterstrich die Bereitschaft der Max-Planck-Gesellschaft, die zahlreichen Wissenschaftsbeziehungen mit polnischen Partnern vor dem Hintergrund wachsender Vernetzung im europäischen Forschungsraum neu zu beleben. Im gemeinsamen Interesse liege es, so Gruss nach dem Gespräch mit dem polnischen Wissenschaftsminister, eine stärkere Verantwortung für den Bildungsweg und die Karriere junger Wissenschaftler durch gemeinsame Nachwuchsförderung und langfristige Betreuung von Nachwuchswissenschaftlern zu übernehmen. Die Max-Planck-Gesellschaft sei bereit und in der Lage, ausgewählten Doktoranden und Post-

FOTO: ANGELIKA LANGE-GAO